

## **Europa glänzt durch gegenseitiges Misstrauen und Zaudern: Entscheidung in der Schiffbaupolitik in Brüssel vertagt**

Der EU-Ministerrat der Europäischen Union hat am 5. Dezember d. J. eine Entscheidung über den schiffbaupolitischen Vorschlag der EU-Kommission auf die nächste Ratssitzung vertagt. Der beschämende Grund: Mangelnde Solidarität und Prinzipienstreit.

Der Vorschlag der Kommission vom Juni d. J. lautete:

- Einreichung einer Klage vor der Welthandelsorganisation gegen Korea wegen Gewährung von unzulässigen Subventionen für die Werftindustrie des Landes bei gleichzeitiger
- befristeter Wiedereinführung der Gewährung von Beihilfen für Containerschiffe sowie Chemikalien- und Produktentanker an europäische Werften.

Bereits im April d. J. hatte Handelskommissar Lamy nach einer eingehenden Prüfung bei rund zwanzig europäischen Werften eindeutig eine schädigende Wirkung der koreanischen Niedrigpreispolitik festgestellt.

Unternehmenskommissar Liikanen hatte in vier halbjährigen Marktuntersuchungen festgestellt, dass die Niedrigpreise Koreas deutlich unter den Gestehungskosten der Werften liegen. Das Mindestsubventionsvolumen wurde darin mit ca. DM 7 Mrd. in 1999 und 2000 beziffert.

Aufgrund dieser Tatsache hätte jeder gewählte Politiker sofortigen Handlungsbedarf gesehen.

Nicht so der erwählte Politiker Wettbewerbskommissar Monti, der als Kriterium für ein aktive Politik Europas erst das Haus brennen sehen will, bevor Löschmaßnahmen ergriffen werden dürfen: in nachgewiesenen geschädigten Marktsegmenten sollten Beihilfen zulässig sein, Marktsegmente, in denen die Schädigung gerade stattfindet, müssen abwarten, bis diese Tatsache auch aktenkundig ist: z. B. der Flüssiggas-Tanker-Bereich.

Damit geriet das Problem in den Entscheidungsstreit des Ministerrates. Dort blieb die europäische Solidarität auf der Strecke: Länder ohne Handelsschiffsneubauaktivität waren strikt gegen Beihilfen, Länder mit solchen waren dafür. Ländern, die durch nachgewiesene Schädigung "bevorzugt" erschienen, stand Frankreich gegenüber, dessen Schädigung noch nicht aktenkundig ist.

Da Frankreich einer späteren Einbeziehung des Flüssiggas-Sektors, in dem seine Interessen liegen, in die Beihilferegulungen als ungewisse Vertröstung ansah, stimmte es vorsichtshalber nicht für eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt. Aber: Montis Prinzip hätte auch überstimmt werden können!

Damit glänzt Europa in der Welt durch gegenseitiges Misstrauen und Zaudern.

Die Bundesregierung verdient in dieser Diskussion Anerkennung: Nach Feststellung der Schädigung durch die Kommissare Lamy und Liikanen hat sie sich in Übereinstimmung mit der deutschen Schiffbauindustrie ohne "Wenn und Aber" strikt der Monti-Logik folgend hinter den Kommissionsvorschlag gestellt und bei den Mitgliedsländern Solidarität angemahnt, von der Europa aber offensichtlich noch weit entfernt ist.

Die deutsche Schiffbauindustrie bedauert die unpolitische Entscheidung Brüssels. Sie hatte sich von einer Annahme des Kompromissvorschlages der Kommission eine Stimulanz bei der Akquisition zum Jahresende im derzeit äußerst schwierigen Schiffbaumarkt erhofft.

Oberstes Gebot muss nunmehr sein, die nationalen Rahmenbedingungen schnell auszuschöpfen, um den Schaden abzumildern.

Hamburg, 06.12.2001

Für Nachfragen steht Ihnen zur Verfügung:

**Dr. Werner Schöttelndreyer**

Tel. (040) 28 01 52-22

Fax (040) 28 01 52-30